Weniger Geld für den Gewässerschutz

Autor(en): **Frangi, Bruno**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **40 (1983)**

Heft 9

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-783523

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Weniger Geld für den Gewässerschutz

Von unserem Bundeshauskorrespondenten Bruno Frangi

Die Schweiz darf sich rühmen, im letzten Jahrzehnt für den Schutz der Gewässer einiges getan zu haben. Allein der Bund hat für die Reinhaltung der Gewässer 20 Mrd. Franken ausgeworfen. Auch wenn unser Land im Vergleich zu anderen europäischen Staaten gut oder sogar sehr gut dasteht, ist längst noch nicht alles getan zum Schutz des Lebenselementes Wasser. Erst unlängst hat eine Studie im Rahmen der Nationalen Forschungsprogramme den direkten Zusammenhang zwischen dem Zustand der Gewässer und der Trinkwasserqualität belegt, denn weit über 80% des Trinkwassers wird durch die oberirdischen Gewässer und durch ihre Versickerung angereichert. Oder vereinfacht: Was aus Hahnen und Röhren als Trinkwasser fliesst, stammt aus Quellen, die von Flüssen und Seen gespiesen werden. Der Boden spielt dabei die eminent wichtige Rolle des Filters.

Die bisherigen Gewässerschutzmassnahmen, die sich auf den Bau von Abwasserreinigungsanlagen konzentrierten, haben den Zustand der Flüsse qualitativ erheblich verbessert. Nach Meinung von Fachleuten ist hingegen der Zustand der meisten Mittellandseen und des Luganersees völlig unbefriedigend. Diese stehenden Gewässer leiden unter einem allzu starken Phosphateintrag, dieser führt zu einer Überdüngung und in den tieferen Seeschichten zu einem akuten Sauerstoffmangel. Mit verschiedenen Belüftungsversuchen wurden bereits interessante Ergebnisse erzielt. Diese Massnahmen können allerdings nicht als Lösung des Problems betrachtet werden, sondern haben eher den Charakter von «Feuerwehrübungen». Das Problem muss deshalb bei den Wurzeln angepackt werden. Und das eidgenössische Departement des Innern, welches über das Bundesamt für Umweltschutz hier federführend ist, hat diesbezüglich seine Zielvorstellung präsentiert. Nach einer Übergangszeit von drei oder vier Jahren sollen in der Schweiz keine phosphathaltigen Waschmittel mehr zugelassen werden. Die Industrie hat gegen diese Absicht, nachdem in zwei Schritten der Phosphatgehalt bereits auf dem Verordnungsweg reduziert worden ist, ohne dass seither Herr und Frau Schweizer in schmutzigen Lumpen herumgehen müssen, bereits ihren Protest angemeldet. Umstritten ist in der Fachwelt vor allem der von den Bundesbehörden vorgeschlagene Phosphatersatz, das Natriumsalz der Nitrilotri-Essigsäure (NTA). Es steht nun zu befürchten, dass der Expertenstreit eine aus der Sicht des Gewässerschutzes rasch nötige Massnahme verzögern wird. Ob der «Konsument», hauptsächlich die Hausfrau, tatsächlich an diesen Reinigungsmitteln hängt, die pausenlos «reiner, weisser und noch weisser» waschen, müsste mindestens zuverlässig geklärt werden. Natürlich will niemand zurück ins Schmierseifen-Zeitalter, aber der heutige Waschmittelperfektionismus zulasten der Seen und Flüsse ist höchst fragwürdig. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn sich die Industrie, das heisst die Waschmittelfabrikanten, und die Bundesbehörden zu einer gemeinsamen, wirksamen Lösung zusammenraufen würden. Zur Ehrenrettung der Waschmittelproduzenten muss festgestellt werden, dass das Phosphatproblem nicht allein den «Weisswäschern» zuzuschreiben ist, sondern die Landwirtschaft durch ihre modernen Düngemethoden ebenso ihren Beitrag zur Gewässerbelastung leistet. Im Einzugsbereich von Seen hat man mit Aufklärungsschriften und Wegleitungen für den Gewässerschutz günstigere Düngemethoden propagiert. Ob diese sanfte Behandlung der Bauernschaft auf die Dauer genügt, ist zumindest fraglich. Wenn die Bundesbehörden das Phosphatproblem wirklich in den Griff bekommen wollen, müssen sie über kurz oder lang auch hier stärkere Saiten aufziehen.

Das Bundesamt für Umweltschutz hat kürzlich festgestellt, dass in den kommenden Jahren rund 100 Abwasserreinigungsanlagen mit der dritten Reinigungsstufe ausgerüstet werden müssen. Der bauliche Gewässerschutz ist also noch lange nicht abgeschlossen. Weitere Investitionen sind notwendig, was allerdings nicht nur Ausgaben verursacht, sondern auch Arbeitsplätze sichert oder neue schafft. Weil nun die Eidgenossenschaft in einer Finanzmisere steckt – über 25 Mrd. Schulden –, wurden die Subventionen mit dem Sparpaket 1980 linear um 10% gekürzt.

Wenn es nach dem Willen des Bundesrates geht, soll diese Reduktion nach 1986 verstärkt werden, statt 10% weniger Bundesgelder pro Jahr für den Gewässerschutz künftig 15% oder jährlich 23 Mio. Franken weniger. Dieser Vorschlag ist Bestandteil des Sparanschlussprogrammes 1983 und wird in den eidgenössischen Räten noch einiges zu reden geben. Die Notwendigkeit der Sparmassnahmen auf Bundesebene kann angesichts der unerfreulichen Haushaltlage nicht in Abrede gestellt werden. Wenn indes im Bereich des Gewässerschutzes die Kantone ihre finanzielle Mitwirkung nicht in dem Masse erhöhen, wie der Bund sein Engagement drosseln muss, kommt es zu einer Verzögerung, die mit Blick auf den Gewässerschutz und mithin auf die Trinkwasserversorgung zumindest unerfreulich, wenn nicht problematisch ist. ■